

# Das Tauziehen um den Kommissionsvorschlag für eine neue EU-Saatgutverordnung

## 11. Dezember 2013: Bewegung in Brüssel und Straßburg:

Am 11.12.2013 hatte nach Elisabeth Köstinger (ÖVP) und Karin Kadenbach (SPÖ, Verhandlungsführerin der sozialdemokratischen Gruppe) hat auch der agrarpolitische Sprecher der EVP, Albert Deß (CSU, Oberpfalz) sich vom Verordnungsvorschlag der EU-Kommission für eine neues Saatgutrecht distanziert. Alle forderten, den Vorschlag der EU-Kommission zurückzuweisen. Ebenso Judy Girling, Verhandlungsführerin der „Konservativen“ (ECR) bereits am 27.11. geäußert. Damit konnte der Vorschlag der Kommission als politisch tot betrachtet werden.

Am 11.12. war auch Einreichungsschluss für Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag bzw. zum Bericht des Berichterstatter Sergio Silvestris (PdL, Italien). Schon In der letzten öffentlichen Sitzung des Agrarausschusses am 26.11. und des Umweltausschusses am 27.11. war viel Kritik am Vorschlag geäußert worden.

10.1.2014: Änderungsanträge der EU-Abgeordneten veröffentlicht

30.1.2014: Abstimmung im Umweltausschuss des EU-Parlamentes

11.2.2014: Abstimmung im Agrarausschuss des des EU-Parlamentes

## Januar/Februar 2014: Breite Ablehnung des EU-Kommissionsvorschlags zum Saatgutrecht

Verschiedene Funktionsträger aus fast allen Parlamentsfraktionen haben acht Änderungsanträge eingereicht, in denen es gleichlautend heißt: „**The European Parliament rejects the Commission proposal.**“ Die Antragsteller repräsentieren eine breite Mehrheit des federführenden Agrarausschusses und des mitbeteiligten Umweltausschusses aus den Fraktionen der EVP, S&D, ECR, Grüne/EFA, GUE/NGL. In der Sitzung des Agrarausschusses am Mo., den 27.1. wurde die Einigkeit der Fraktionen in Sachen Ablehnung des Kommissionsvorschlages noch einmal deutlich. Der Umweltausschuss des EU-Parlamentes hat am 30.1. mit 49 zu 0 Stimmen die Zurückweisung des Kommissionsvorschlages beantragt, der Agrarausschuss am 11.2. mit 35:2 Stimmen

## 11. März 2014: EU-Parlament weist Saatgutrechts-Vorschlag der EU-Kommission entschieden zurück

Die berechtigte breite Kritik am Kommissionsvorschlag aus allen Bereichen der interessierten Zivilgesellschaft in vielen Ländern der EU hat im Parlament Gehör gefunden. Dies spiegelt sich in der heutigen Entscheidung wieder: In seiner Plenarsitzung hat das EU-Parlament mit 511 zu 130 Stimmen (also mit ca. 80% der Stimmen) eine Entschließung mit Gesetzeskraft verabschiedet. Damit lehnt das Parlament den Vorschlag der EU-Kommission für eine einheitliche EU-Verordnung über die Erzeugung und Vermarktung von pflanzlichem Vermehrungsmaterial eindeutig ab und fordert die Kommission auf, einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Bis zuletzt war unklar gewesen, ob das Parlament eine derartige bindende Resolution verabschieden würde, oder ob es sich auf die bloße Bitte an die Kommission beschränken würde, den Vorschlag zurückzuziehen. Diese Bitte im sogenannten „Rejection report“ hatte sogar 650 Stimmen (eine 95% Mehrheit) erhalten, doch das Parlament bestand auf einer Abstimmung über die legislative Entschließung mit dem oben genannten Ergebnis.

Von Erfolg gekrönt war damit das jahrelange Engagement von Organisationen und Gruppen, die

sich dafür einsetzen, die Sortenvielfalt zu erhalten und auszuweiten, die für das bäuerliche Recht auf Saatguterzeugung streiten, oder die neue Sorten für den ökologischen Anbau züchten.

Auch wurde mit der Entscheidung all jenen Hunderttausenden Menschen aus vielen europäischen Ländern Gehör geschenkt, die seit April 2013 verschiedene Petitionen gegen den Kommissionsvorschlag unterzeichnet hatten. Allein der offene Brief der Kampagne für Saatgut-Souveränität und des Dachverbandes Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt hatte 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer in 12 verschiedenen Sprachversionen gefunden.

### **Sommer/Herbst 2014:**

Nach den Wahlen zum EU-Parlamentes im Mai 2014 hatte die EU-Kommission Mitte Juli ein Stakeholder-Treffen abgehalten und um die Einsendung von Vorstellungen für eine Saatgutrechtsreform gebeten. Von Seiten der Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung deutschsprachiger Organisationen vom 26.7.2013 (<http://www.eu-saatgutrechtsreform.de>) und der Wiener Erklärung vom 26.11.2013 (<http://www.eu-seedlaw.net/>) wurden die Forderungen der jeweiligen Erklärungen an die Kommission übersandt.

Beim Vernetzungsseminar der Arche Noah Mitte November gab es folgende Einschätzung zum weiteren Weg:

#### **Szenario 1: Stillstand**

Stillstand – der neue Kommissar Andriukatis könnte die Saatgutverordnung für zu heikel halten und ihm keine Priorität geben.

Für einen Stillstand: Mitgliedsstaaten und deren Regierungen, dagegen: Generaldirektion Gesundheit&Verbraucher und Industrie, neutral: Erhaltungsorganisationen (zweitbeste Option) - Wahrscheinlichkeit 45%

empfohlene Reaktion unsererseits: Fokus auf Bewusstseinsbildung, Lobbying und Campaigning in den Mitgliedsstaaten, Situation für Vielfaltssorten auf nationaler Ebene verbessern

#### **Szenario 2: Wirkliche Reform**

Rückzug des alten Vorschlages, neuer Vorschlag im Jahr 2017

Dafür: Erhaltungsorganisationen (Chance für wirkliche Reform), Industrie, Mitgliedsstaaten

Dagegen: Teile der Generaldirektion Gesundheit&Verbraucher

Neutral: Rest der Kommission

Wahrscheinlichkeit 45%

empfohlene Reaktion unsererseits: Campaigning auf Saatgutrecht auf EU-Ebene in 2015, Bewusstseinsbildung, Lobbying und Campaigning in den Mitgliedsstaaten, Situation für Vielfaltssorten auf nationaler Ebene verbessern

#### **Szenario 3: Aufgehüschter Verordnungsvorschlag**

Erneuerter Verordnungsvorschlag im Jahr 2015

Dafür: Leitung, der Generaldirektion Gesundheit&Verbraucher, Industrie

Dagegen: Erhaltungsorganisationen (Chance für Reform vertan)

Neutral: Mitgliedsstaaten und ihre Regierungen, EU-Parlament

Wahrscheinlichkeit: 10%

empfohlene Reaktion unsererseits: Lobbying und Campaigning auf EU-Ebene, Kooperation und Koordination auf EU-Ebene

**➔ 16.12.2014: Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission wird veröffentlicht ◀**

*Andreas Riekeberg, 26.11.2014*